

Titel Ansätze einer geopolitischen und internationalistischen Chi-nastrategie

AntragstellerInnen Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Ansätze einer geopolitischen und internationalistischen Chi-nastrategie

1 Grundsätzlich gilt: Hinter den außenpolitischen Anstrengungen Chinas stehen die Interessen der kommunistischen
2 Partei. Diese sind auf das Erlangen von Macht und Einfluss ausgelegt. Beispielhaft sind dafür die milliardenschweren
3 Investitionen in afrikanische Staaten und das Voranbringen des Projektes der „Neuen Seidenstraße“, ein umfangrei-
4 ches Infrastrukturprojekt, dass - nach Chinas Willen - Asien und Europa auf dem Land- und Wasserweg zu verbinden.
5 Doch auch in Europa baut China seinen Einfluss rapide aus. Ein Beispiel: der griechische Hafen Piräus, den vor Kurzem
6 eine chinesische Reederei kaufte.

7 **1. Menschenrechte und die CCP**

8 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat die Volksrepublik zwar unterzeichnet, doch seit ihres Inkrafttre-
9 tens werden diese Menschenrechte der Bevölkerung vorenthalten Die Inkompatibilität des Wertesystems der CCP mit
10 diesen grundsätzlichen Rechten, lässt sich an Zitaten Maos illustrieren. Z.B. schreibt er: "Es sollte darauf hingewiesen
11 werden, dass die Gefahr der Ultra-Demokratie in der Tatsache liegt, dass sie die Parteiorganisation beschädigt oder
12 sogar vollständig zerstört [...]. Als nächstes sollte darauf hingewiesen werden, dass die Quelle der Ultra-Demokratie in
13 der individualistischen Abneigung des Kleinbürgertums gegen Disziplin besteht. [...] Diese Ideen sind mit den Kampf-
14 aufgaben des Proletariats völlig unvereinbar."

15 Das System Chinas besteht heute auf der Alleinregierung der Kommunistischen Partei, die nicht nur alle Bereiche des
16 politischen Systems, sondern auch in das Gesellschaftsleben eindringt und eingreift. Die Menschenrechte auf Leben,
17 körperliche Unversehrtheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und auf Freiheit der
18 Berufswahl sind nicht gewährleistet, werden systematisch verletzt und eingeschränkt. Mit der CCP ist keine Demokra-
19 tie machbar, sie ist deshalb mit unseren Vorstellungen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft unvereinbar.
20 Gleichzeitig heißt das aber, dass sich unser Misstrauen auf die Politik der chinesischen Führung und keinesfalls auf
21 Chines*innen bezieht.

22 Wir fordern daher die Bundesrepublik und die EU in diesem Beschluss zu einer Liste an Maßnahmen auf, um ge-
23 genüber der China und der chinesischen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte für alle in China lebenden
24 Menschen zu erreichen und auf eine demokratische Entwicklung in China hinzuwirken.

25 **2. Die Lage in der Autonomen Uigurischen Provinz Xinjiang**

26 Die chinesische Regierung hat in der Provinz Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million Insassen errichtet, in denen
27 sie die ethnische Minderheit muslimischer Chinesen, die Uiguren interniert. Inhaftierte berichten von Vergewalti-
28 gung und Folter, sogar grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Gänge auf die Toilette sind beschränkt. Diese
29 Repressionen steigerten sich 2017 erheblich. Es wird angenommen, dass es sich um eine der zahlenmäßig größten
30 Internierungen der Menschheitsgeschichte handelt. Der interniert wird, wird isoliert und hat keinen Anspruch auf ein
31 gerechtes Verfahren.

32 Die chinesische Regierung nennt diesen Prozess beschönigend “Umerziehung” oder “Berufsausbildung”, das Erlernen
33 des Mandarin ist geprägt von Propaganda der CCP.

34 Ziel des chinesischen Regimes ist es, den Anspruch auf ihr westlichstes Territorium Xinjiang zu verfestigen. Dies soll
35 durch ethnische und religiöse Einheit mit der Mehrheitsgesellschaft Chinas geschehen. Die Uigur*innen werden ge-
36 zwungen, im Machtinteresse Chinas ihre Religion, Sprache und Kultur abzulegen, die Argumente der nationalen Si-
37 cherheit oder der Kampf gegen religiöse Gewalt sind dabei leicht durchschaubar. Dass dabei auch Folter angewandt
38 wird, ist längst klar und darf nicht länger hingenommen werden.

39 Inhaftiert werden kann man wegen Bartwuchses, internationaler Reisen, WhatsApp- Nutzung oder ohne bekannten
40 Grund. Diese Inhaftierungen verbinden sich mit einem beispiellosen und ein allgegenwärtigen Überwachungssystem,
41 das auch das Leben der Nicht-Inhaftierten Angehörigen einer Minderheit in Xinjiang durchdringt. Aus Regierungsdo-
42 kumenten und Interviews mit Ex-Häftlingen geht hervor, dass Zwangsarbeit zunehmend ein wesentlicher Bestandteil
43 der Bemühungen der Regierung ist, um muslimische Minderheiten umzuerziehen und ihre Kultur und Religion aus-
44 zulöschen. Ziel der Regierung ist es, durch die Kombination von Indoktrination und Zwangsarbeit Menschen aus
45 Minderheitsgruppen der Mehrheitsgesellschaft von Han-Chines*innen ähnlicher zu machen.

46 Zwangsarbeit ist immer abscheulich und gerade in diesem Fall ein Verbrechen an der Menschlichkeit. Sie zur Beseiti-
47 gung einer Kultur und Religion zu benutzen gibt der Situation in Xinjiang eine besondere Schwere. Sie hebt sich von
48 den vergangenen Zwangsarbeiter*innen-Einsätzen in Usbekistan und Turkmenistan in ihrem Ausmaß und in ihrer
49 Brutalität ab, obwohl diese bereits zu großem Leid geführt hatten.

50 Es gibt Hinweise darauf, dass China versucht, die Geburtenrate in Xinjiang durch repressive Maßnahmen zu sen-
51 ken. Schwangerschaftskontrollen, erzwungene Verhütung, Zwangssterilisation oder sogar Zwangsabtreibungen sol-
52 len vorkommen. Uigur*innen drohen Massenverhaften und hohe Geldstrafen wenn sie das “Verbrechen” ausüben,
53 mehr als zwei Kinder zu gebären.

54 Die wirtschaftliche Lage

55 Xinjiang produzierte 2018 84 Prozent von Chinas Baumwolle und die Produktion steigt aufgrund staatlicher Subven-
56 tionen. Dabei exportiert China weniger als ein Prozent seiner Baumwolle, was darauf hinweist, dass die überwiegende
57 Mehrheit in China selbst verarbeitet wird, auch für die Herstellung von Textilien und Bekleidung. Derzeit sind 43 Pro-
58 zent der XinjiangExporte Bekleidung, Schuhe oder Textilien, wobei die meisten fertigen Produkte nach Zentralasien
59 gesandt werden. Da angenommen werden kann, dass mehr als die Hälfte der in China hergestellten Baumwolle,
60 Garn oder Textilien von der eigenen Bekleidungsindustrie in fertige Produkte verarbeitet werden, muss davon aus-
61 gegangen werden, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit Textilien aus China Baumwolle aus Zwangsarbeit in Xinjiang
62 enthalten auch wenn der Anteil an Kleidung, die direkt in Xinjiang hergestellt wird, sehr gering ist.

63 Die Rolle des Westens

64 US-Amerikanische und europäische Unternehmen beziehen bedeutende Mengen an Kleidung aus China. Zum Bei-
65 spiel liefert China 33,7 Prozent der Kleidung, die in die USA gelangt und ist damit der größte Exporteur von Bekleidung
66 auf dem US-amerikanischen Markt. Auch deutsche Unternehmen sind an der Überwachung der Uigur*innen, die zu
67 deren Inhaftierung in Lager führt, beteiligt. Siemens unterhält beispielsweise eine Technologiepartnerschaft mit dem
68 verantwortlichen chinesischen Militärunternehmen und die KfW finanziert den Bau einer U-Bahn in der Provinzhaupt-
69 stadt Ürümqi deren Ticketsystem Teil der Massenüberwachung ist.

70 In den Jahrzehnten seit Aufkommen der sogenannten wirtschaftlichen Sozialverantwortung (corporare social respon-
71 sibility), haben Unternehmen ausgeklügelte Systeme entwickelt, um menschenrechtliche Risiken zu managen. Da-
72 her ist ihr Spielraum, um auf schwerwiegende Missbräuche in ihren Lieferketten zu reagieren, nicht unerheblich. Un-
73 sere Politik gegenüber China muss auf ein Ende der Massenhaft, Unterdrückung und Überwachung von Minderheiten
74 abzielen. Zwangsarbeit ist nur *ein* Aspekt dieses repressiven Systems. Die Internierung von Menschen auf Grund ih-
75 rer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer Religionszugehörigkeit ist ein Akt der Barbarei, der durch das entschlossene
76 Handeln der Staatengemeinschaft zu beenden ist. In der Geschichte gibt es eine Reihe von Beispielen derartiger Ver-
77 brechen, aus denen wir Lehren ziehen müssen. Die Tatsache, dass gerade deutsche Unternehmen Technologie und
78 Gelder für dieses Lager- und Überwachungssystem bereitstellen werten wir als unerträglich. Das die verantwortli-
79 chen Beamt*innen und Parteifunktionär*innen nach Belieben in Deutschland reisen dürfen und freien Zugriff auf ihr
80 sich in Deutschland befindliches Vermögen haben ist vollkommen unverständlich.

81 Daher fordern wir:

- 82 • Einfuhrverbot für Baumwollprodukte in die EU, die auf Zwangsarbeit in Xinjiang zurückgehen im Kontext eines
- 83 wirksamen Lieferkettengesetzes
- 84 • Verlagerung der Beweislast zu den Unternehmen, die beweisen müssen, dass ihre Produkte unter einwand-
- 85 freien menschenrechtsstandards produziert wurden
- 86 • Sanktionierung von Unternehmen und Einzelpersonen, die an der Bereitstellung von Technologie für den Auf-
- 87 bau und Betrieb von Internierungslagern in Xinjiang beteiligt sind, an politischen und bürokratischen Entschei-
- 88 dungen zur Errichtung und zum Betrieb dieser Lager beteiligt sind oder dort in leitender Funktion tätig sind.
- 89 • Überprüfung neuer Technologien zur wirksamen Rückverfolgung von Lieferketten, wie beispielsweise die Iden-
- 90 tifizierung von DNA-Merkmalen
- 91 • Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie und Waffen, insbesondere solche zur Aufrechterhaltung
- 92 von Zwangsarbeitslagern
- 93 • Einfrieren der Vermögenswerte und Einreisestopp für die Verantwortungsträger*innen der Verbrechen in Xin-
- 94 jiang
- 95 • Schutz und Asyl für Verfolgte aus der Volksrepublik China

96 Ferner ist zu prüfen, wie die Einstellung von Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt
 97 werden können, um als Druckmittel zu dienen. Dabei sind mögliche Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bür-
 98 ger*innen Chinas zu berücksichtigen.

99 Während Zwangsarbeit immer abscheulich ist, ist es ihr Einsatz als Teil einer konzertierten Aktion zur Beseitigung
 100 einer Kultur und Religion, was der Situation in Xinjiang besondere Schwere gibt. Die Zwangsarbeit in Xinjiang ähnelt
 101 nicht dem gängigen Muster und ist auch nicht vergleichbar mit dem saisonalen Einsatz von Zwangsarbeit für die
 102 Baumwollernte durch ehemalige Sowjetrepubliken wie Usbekistan und Turkmenistan. Chinas Politik in Xinjiang, ein-
 103 schließlich Zwangsarbeit, ist vielmehr auf eine Weise gegen diese Minderheitengruppen gerichtet, die an den Zweiten
 104 Weltkrieg oder die Apartheid erinnern, wobei es offensichtliche Unterschiede gibt.

105 **3. Die Lage in Hong Kong**

106 Die Entscheidung Pekings, ein nationales Sicherheitsgesetz zu verabschieden, das die Legislative

107 Hongkongs umgehen würde, um eventuell drakonische Einschränkungen der Freiheiten der Bürger*innen Hong-
 108 kongs zu verhängen, stellt die internationale Gemeinschaft vor schwierige Entscheidungen. Der Angriff auf die Au-
 109 tonomie Hongkongs schafft die Voraussetzungen für ein hartes Durchgreifen der chinesischen Regierung, das mit
 110 Pekings vertraglichem Versprechen "ein Land, zwei Systeme" brechen und eine Welle der Unsicherheit in ganz Asien
 111 auslösen könnte. Die Rücknahme des Sonderstatus Hongkongs oder die Verhängung von Sanktionen birgt jedoch die
 112 Gefahr, den Menschen in Hongkong zu schaden, ohne notwendigerweise die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass
 113 Peking seinen Kurs ändert oder hohe politische Kosten davonträgt.

114 Das chinesische Regime wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht davon abzubringen sein, die beschlossenen Geset-
 115 ze bezüglich Hong Kong zurückzunehmen. Wir müssen davon ausgehen, dass der Druck auf die Opposition weiter
 116 steigt. Die Umsetzung der Gesetzgebung der Volksrepublik China ist jedoch noch offen, dabei können wir sicher sein,
 117 dass die Zahl der Auslieferungen und der Druck auf Parlament und Presse stetig zunehmen werden. Daher muss die
 118 internationale Gemeinschaft jetzt entschlossen handeln, um die Demokratiebewegung im Stadt-Staat zu unterstüt-
 119 zen.

120 Deshalb fordern wir:

- 121 • Ein*e Sonderbeauftragte*n der Europäischen Union für Hong Kong
- 122 • Keine Einschränkungen beim politischen Asyl für Verfolgte aus Hong Kong und die Möglichkeit der Einbürge-
- 123 rung in einen EU-Staat
- 124 • Durchführung gezielter Sanktionen gegenüber China, in Abstimmung mit der Opposition in Hong Kong und
- 125 unseren Bündnispartner*innen vor Ort

- 126 • Vorbereitung auf Gegenmaßnahmen Chinas, unter anderem die Schaffung eines Notfallplanes zur Evakuie-
127 rung von verfolgten Bürger*innen aus Hong Kong im Falle einer sich verschlimmernden Situation

128 wir sicher sein, dass die Zahl der Auslieferungen und der Druck auf Parlament und Presse stetig zunehmen werden.

129 **4. Die neue Seidenstraße und geopolitische Überlegungen**

130 Die "Transpazifische Partnerschaft" war ein 2016 unterzeichnetes Handelsabkommen der USA, Kanada, Mexiko, Ja-
131 pan, Malaysia, Vietnam, Peru, Australien, Chile, Neuseeland, Brunei und Singapur, welches den Binnenmarkt im Pazi-
132 fikraum stärken sollte. Es wurde von der Obama-Regierung explizit als eine Verhinderung der Einflussnahme Chinas in
133 diesem Gebiet bzw. diesen Ländern gesehen. Teile des Abkommens wurden von Globalisierungsgegner*innen, Um-
134 weltschützer*innen und Populist*innen kritisch gesehen, weswegen die Beliebtheit des Abkommens abnahm und
135 der Ausstieg daraus im Präsidentschaftswahlkampf 2016 ersichtlich wurde, weil sowohl Hillary Clinton als auch Do-
136 nald Trump das Abkommen ablehnten. Die "Belt and Road Initiative" war die Reaktion Chinas auf die Verhandlungen
137 zum TPP[6].

138 Wie von der Obama Regierung vorhergesehen, versuchte China ebenfalls geopolitisch Einfluss auf die Region zu
139 nehmen. Nach dem Ausstieg der Trump Regierung aus der TPP im Januar 2017 blieb die "Belt and Road Initiative"
140 bestehen. China hat für Projekte in Verbindung mit dieser Initiative bereits \$200 Milliarden ausgegeben und plant bis
141 2027 insgesamt \$1,2 - \$1,3 Billionen zu investieren[7].

142 Die Gefahr, die vor allem von bei Investitionen Chinas in Infrastrukturprojekte in anderen Ländern gegeben ist, ist
143 dass die Länder zahlungsunfähig werden und China die Kontrolle übernimmt, wie dies zum Beispiel beim Magam-
144 pura Mahinda Rajapaksa Port in Sri Lanka der Fall war. Dort hat nun China 99 Jahre die Kontrolle im Zuge einer
145 Restrukturierung des Kredits.

146 Das muss ein Warnsignal sein! Wir dürfen nicht zulassen, dass China durch seine wirtschaftliche Überlegenheit seinen
147 geopolitischen Einfluss zu Lasten der lokalen Bevölkerung kleinerer und wirtschaftlich schwächerer Länder ausnutzt.
148 Die Außenpolitik des totalitären chinesischen Regimes ist auf Ausbeutung von Natur und Mensch ausgelegt, dem
149 müssen wir uns entgegenstellen!

150 Trotz - oder gerade wegen - unserer Ziele im Umweltschutz und bei Arbeits- und Menschenrechten müssen wir ei-
151 ne demokratische, gerechte und sozialistische Handelspolitik entwickeln, die eine echte Alternative zu Chinas wirt-
152 schaftspolitischer Machtstrategie darstellt. Dabei müssen wir stets kritisch reflektieren, dass die deutsche und eu-
153 ropäische Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in der Vergangenheit auf ausbeuterischen und kolonia-
154 listischen Motiven beruhten. Diese Gefahr ist keineswegs gebannt. Tatsächlich basieren auch die heutigen Verträ-
155 ge zum einen auf wirtschaftlichen Eigeninteressen europäischer Unternehmen und zum anderen auf unhaltbaren
156 Theoriemodellen. Hierzu müssen wir eine nachhaltige und glaubwürdige Abgrenzung vornehmen und eine eigene,
157 demokratische, gerechte und sozialistische Handels- und Entwicklungstheorie erarbeiten. Ansätze hierfür finden sich
158 bereits bei manchen pluralen Ökonom*innen sowie bestimmten ökonomischen Netzwerken. Diese Ansätze müssen
159 wir aufgreifen und mit deren Unterstützung schnell und kraftvoll weiterentwickeln. Denn die EU darf auf der einen
160 Seite der chinesischen Machtexpansion in der Region nicht zuschauen, bietet aber durch Schnellschüsse selbst keine
161 bessere Alternative für den Südpazifikraum.

162 China übt auch über andere Mittel geopolitischen Druck aus. Besonders jetzt in der COVID-19 Pandemie wird deutlich,
163 wie viel Einfluss China auf die WHO hat. Der Beobachter*innenstatus Taiwans von 2009-2016 endete durch Druck von
164 China, weil die Wahl von Tsai Ing-wen zur Präsidentin Taiwans eine Abkehr vom Konsens von 1992 bedeute. In den
165 Augen von Xi Jinping stellt der Konsens ein Bekenntnis zur "Ein-China-Politik" dar und das Ziel müsse die Vereinigung
166 Taiwans und Chinas zu einem Land sein. Der Einfluss Chinas auf die WHO manifestierte sich vor allem in der General-
167 direktor*innenwahl 2017. Der damalige Kandidat und jetzige Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus wurde
168 vor allem durch die Unterstützung der AU und Chinas gewählt. In der Rede von Herrmann Gröhe, des damaligen
169 Bundesgesundheitsministers, wurde betont, dass "Deutschland es bedauert, dass es in diesem Jahr nicht möglich
170 war alle Beobachter, welche in den letzten Jahren teilgenommen hatten, wieder einzuladen." (Eigene Übersetzung).
171 Damit hätte man sich nicht zufrieden geben dürfen.

172 Deutschland bzw. Europa muss seinen Einfluss auf die WHO nutzen um den Beobachterstatus von Taiwan wiederher-
173 zustellen. Gegebenenfalls muss Deutschland bzw. Europa bei der nächsten Wahl des*der Generaldirektor*in 2022
174 den Beobachterstatus Taiwans als Bedingung für die Unterstützung eines*einer Kandidat*in haben.

175 Die "Ein-China-Politik" der Volksrepublik China lehnen wir entschieden ab! Die EU sollte der staatlichen Anerkennung
176 Taiwans nicht im Weg stehen. Sie muss daher den Prozess in Anbetracht aller möglichen Konsequenzen und Bedro-
177 hungen für die Sicherheit Taiwans ausloten. Eine militärische Konfrontation mit der Volksrepublik China kann niemals
178 das Ziel sein. Unser Ziel ist es, dass die Bürger*innen Chinas über ihre eigene Staatlichkeit demokratisch entscheiden
179 können. Mit einer Anerkennung Taiwans müsste auch sicherheitspolitische Unterstützung einhergehen, geschuldet
180 der Haltung Beijings.

181 **5. Südostasien und internationale Institutionen**

182 *Südostasien*

183 Südostasien[13] ist eine dynamische Region mit mehr als 650 Millionen Einwohnern, die sich im strategischen Zen-
184 trum des Indopazifikraums befindet. Bis vor kurzem besaß sie auch eine schnell wachsende Wirtschaft im Wert von 3
185 Billionen Dollar. In den letzten Jahren haben zahlreiche externe Mächte ihr Engagement in der Region verstärkt, ein-
186 schließlich der Vereinigten Staaten und China, die nun offen und aggressiv um Einfluss konkurrieren. Unterdessen ist
187 die Region selbst politisch und wirtschaftliche über den Verband der südostasiatischen Nationen (ASEAN) integriert,
188 der für den asiatisch-pazifischen Regionalismus von zentraler Bedeutung geworden ist. Grob gesagt, Südostasien
189 ist zu einer globalen Austragungsstätte einer Vielzahl von normativen Fragen geworden, darunter die Zukunft der
190 Demokratie in der Region.

191 Die Machtdynamik wird durch das Auftreten Japans, Indiens und Indonesien als eigenständige, mächtige Akteure,
192 noch komplizierter, was ein strategisches Umfeld entstehen lässt, das in Zukunft wahrscheinlich noch fließender und
193 komplexer werden wird. Da die Region ASEAN als ihr priorisiertes Instrument für kollektives Handeln begreift, sollte
194 die EU mit dem Verband eine strategische Partnerschaft auf der Basis der Selbstbestimmung, Achtung internationaler
195 Normen und Verwirklichung unveräußerlicher Menschenrechte schließen. Die EU sollte durch Kooperation mit ASEAN
196 den Austausch von Schüler*innen, Auszubildende und Studierende verstärken und entsprechend fördern.

197 *Internationale Institutionen*

198 Gerade wird die Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System debattiert. Die Vereinten Nationen stehen
199 wegen ihrer wahrgenommenen Ineffizienz und Passivität, undurchsichtigen Prozesse und mangelnde Rechenschafts-
200 pflicht in der Kritik. Wir sollten uns jedoch nicht von der Organisation distanzieren, sondern auf positive Reformen
201 drängen und die Vereinten Nationen als zur Durchführung der europäischen Außenpolitik nutzen.

202 China leitet derzeit vier große UN-Organisationen. In der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation der UN (ICAO), die
203 über globale Flugrouten entscheidet und darüber, wer welchen Luftraum kontrolliert, hat auch China den Spitzenplatz
204 inne. China führte 2019 eine sehr effektive Kampagne durch, um die Vorsitz bei der Ernährungs- und Landwirtschafts-
205 organisation der Vereinten Nationen (FAO) zu erlangen. China hat auch den Vorsitz in der Internationalen Fernmel-
206 deunion der UN inne, die die internationale Konnektivität in Kommunikationsnetzen und die industrielle Entwicklung
207 der UN Organisation sowie die industrielle Entwicklung zur Armutsbekämpfung und integrativen Globalisierung för-
208 dert. Im Gegensatz dazu bekleiden die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und Frankreich zusammen die
209 gleiche Anzahl von Vorsitzen in UN-Sonderorganisationen.

210 Von 2021-2022 wird es 15 Wahlen für die Leiter der UN-Sonderorganisationen und fünf für die Leiter der wichtigs-
211 ten UN-Organisationen geben. Die EU und ihre demokratischen Verbündeten, sollten nach Möglichkeit gemeinsame
212 Kandidierende nominieren. Denn angesichts des weltweit zunehmenden Autoritarismus und Populismus können die
213 EU-Staaten und ihre demokratischen Verbündeten es nicht riskieren, ein Machtvakuum zu schaffen, das Länder wie
214 China füllen und stärkeren Einfluss auf fragile Länder und Entwicklungsländer ausüben können.

215 **6. Ausblick**

216 Das nachhaltige Ziel unserer Chinapolitik sollte eine Integration der Volksrepublik in die auf internationalem Recht
217 und unveräußerlichen Menschenrechten fußende globale Ordnung sein. Die letzten beiden Jahrzehnte haben gezeigt,
218 dass dies zumindest für die aktuelle Generation chinesischer Autokrat*innen keine Option ist. Ihr innenpolitisches
219 Ziel ist die Weiterführung und Verschärfung der repressiven Ordnung, was mit einem immer selbstbewusster vertre-
220 tetem außenpolitischen Hegemonialanspruch verbunden ist.

221 Wer Menschenrechten universelle Geltung einräumen will, kann vor den Folgen für die chinesische Bevölkerung und
222 der weiteren Regionen nicht die Augen verschließen. Grundsätzlich jeder Verstoß Pekings gegen internationale Nor-
223 men, wenn möglich, mit empfindlichen Kosten für das Regime zu versehen, um so Anreize für einen menschen-
224 rechtskonformen Regierungsstil zu setzen. Die freiwillige Achtung der Menschenrechte kann langfristig nur von einer
225 etwaigen, liberalen zukünftigen Führung erwartet werden, die auch nur wenig denkbar Teil der CCP sein könnte.